



Presseschau vom 28.05.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Susan Bonath: Der eigentliche Sieger der EU-Wahlen ist der Kapitalismus

<https://de.rt.com/1wde>

Matthias Krauß: Deutscher unter Deutschen. Vor 25 Jahren starb Erich Honecker im chilenischen Exil.

<https://www.jungewelt.de/artikel/355997.erich-honecker-1912-1994-deutscher-unter-deutschen.html>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **So bewertet weißrussischer Außenminister Beziehungen zum großen Nachbarn Russland**

Der weißrussische Außenminister Wladimir Makej hat die Beziehungen zu Russland als positiv eingeschätzt. Die Positionen von Moskau und Minsk stimmen ihm zufolge in vielen Fragen überein.

„Weißrussland und Russland haben absolut keine Differenzen, Probleme. Wir halten an einer einheitlichen Position zu vielen aktuellen Problemfragen fest, die bedauerlicherweise zurzeit nicht zur Festigung der Sicherheit beitragen, sondern im Gegenteil zu einer größeren Konfrontation führen“, sagte Makej am Montag bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in Moskau.

Zuvor hatte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko das Verhältnis zwischen Weißrussland und Russland in höchsten Tönen gelobt: Die beiden Länder stünden einander so nahe, dass sie im Grunde Schutzengel füreinander seien.

„Das ist unser größter Handelspartner. Wir verkaufen die meisten Waren an Russland“, so der weißrussische Staatschef weiter.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32507/95/325079594.jpg>

de.sputniknews.com: **„Interessieren uns nicht“: Moskau bestreitet Einmischung in die EU-Wahlen**

Russland hat sich laut Andrej Kelin, dem Direktor des Departements für Gesamteuropäische Zusammenarbeit des russischen Außenministeriums, nicht in die EU-Wahlen eingemischt, weil sie Moskau nicht interessieren.

„Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben mit uns nichts zu tun. Entgegen den beginnenden Behauptungen mischen wir uns nicht in diese Wahlen ein, da sie für uns als solche von geringem Interesse sind“, so Kelin.

Ihm zufolge könne es Anschuldigungen geben, auch Versuche, irgendwelche Beweise (für die Einmischung – Anm. d. Red.) zu finden. „Dies wird völlig falsch sein. Wir werden mit dem Europäischen Parlament in der Form zu tun haben, die es haben wird“, so Kelin weiter. 28 EU-Staaten haben bei den Europawahlen am Sonntag gewählt. Die Grünen sind zweifellos die Sieger. Die Union ist nach dem vorläufigen Ergebnis des Bundeswahlleiters trotz Verlusten stärkste Kraft geworden. CDU und CSU erzielten gemeinsam 28,9 Prozent, wie am frühen Montagmorgen aus der Auszählung aller Wahlkreise hervorging.

de.sputniknews.com: **Nato will Mobilität ihrer Luftabwehrtruppen innerhalb der Allianz erhöhen**

Die Nordatlantische Allianz will die Mobilität bei der Verlegung ihrer Luftabwehrtruppen in andere Länder des Bündnisses, darunter auch ins Baltikum, erhöhen. Das sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Montag bei einem Treffen mit Estlands Regierungschef Jüri Ratas, berichtet der russische Fernsehsender RT.

„Wir haben heute Probleme der Luftverteidigung erörtert, das ist ein wichtiges Thema. Wir werden es auch beim bevorstehenden Treffen der Nato-Verteidigungsminister im kommenden Monat behandeln.“

Stoltenberg erinnerte daran, dass die Allianz ihre Präsenz im Ostseeraum aufgestockt hat.

„Ich möchte darauf hinweisen, dass die Fähigkeit der Nato, die Verteidigung des Luftraumes der Verbündeten, darunter im Baltikum, zu gewährleisten, nicht nur von den bereits stationierten Kräften abhängt. Wichtig ist auch die Fähigkeit einer raschen Verstärkung, sollte der Bedarf danach bestehen“, sagte der Allianzchef.

Der Befehlshaber der Nato-Streitkräfte in Europa, US-General Curtis Scaparrotti, hatte im März erklärt, das europäische Kommando der US-Streitkräfte brauche zusätzliche Flieger- und Marinekräfte, um Russland im Rahmen der europäischen Verteidigungsinitiative einzudämmen.

de.sputniknews.com: **Hama: Rund 450 Al-Nusra-Terroristen greifen Stellungen der syrischen Armee an**

Rund 450 Extremisten der Terrorgruppe „Hai'at Tahrir asch-Scham“ haben die Stellungen der syrischen Regierungsarmee in der Provinz Hama angegriffen. Das teilte der Leiter des russischen Versöhnungszentrums in Syrien, Generalmajor Viktor Kuptschischin, am Montag bei einem Briefing mit.

„In der Nacht zum 26. Mai haben die Extremisten der Terrorgruppe ‘Hai'at Tahrir asch-Scham‘ (ehemals Al-Nusra-Front) und die ihr treuen Formationen gleichzeitig von zwei Richtungen die Stellungen der syrischen Regierungsarmee im Raum der Ortschaft Kafr Nabudah im Norden der Provinz Hama angegriffen“, sagte Kuptschischin.

Ihm zufolge waren bei der Offensive auf die Stellungen der Regierungskräfte rund 450 Extremisten, sieben Panzer, fünf Schützenpanzer und zwölf mit überschweren Maschinengewehren ausgerüstete Geländewagen im Einsatz. Der Angriff sei von Feuer aus drei Mehrfachraketenwerfern begleitet worden.

Wie Kuptschischin weiter ausführte, habe die syrische Regierungsarmee bei einem Gefecht drei Panzer, zwei Mehrfachraketenwerfer, einen Schützenpanzer, sechs Geländewagen sowie 100 Terroristen vernichtet.

Zuvor wurde mitgeteilt, dass die syrische Armee am Sonntag Kafr Nabudah, eine strategisch wichtige Stadt im Norden der Provinz Hama, zurückerobert habe. Mitte Mai war es den Islamisten nach einer sieben Tage andauernden Attacke gelungen, die Stadt Kafr Nabudah unter ihre Kontrolle zu bringen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32508/02/325080282.jpg>

de.sputniknews.com: **Syrien meldet Raketenangriff vonseiten Israels**

Israel hat laut einer am Montag veröffentlichten Mitteilung des syrischen Staatsfernsehens auf ein Dorf in der Provinz Quneitra Raketen abgefeuert. Der Angriff soll Verletzte gefordert haben.

„Israel hat einen Raketenangriff auf das Dorf Tell al-Shaar in der Provinz Quneitra durchgeführt. Es werden Verletzte und beschädigte Militärausrüstung gemeldet“, heißt es in der Meldung des syrischen Staatssenders „Syria TV“.

Dabei wurden keine näheren Angaben über die Anzahl der Verwundeten und die Art der Militärausrüstung gemacht.

Syrische Medien melden regelmäßig Luftangriffe seitens Israels. Diese werden von der syrischen Luftverteidigung abgewehrt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32065/45/320654545.jpg>

vormittags:

Dan-news.info: Eine zivile **Einwohnerin des frontnahen Gorlowka** wurde infolge von Beschuss seitens der ukrainischen Truppen **verletzt**. Dies teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

„Die ukrainischen Streitkräfte warfen eine Granate mit einer Drohne ab, Nikitowskij-Bezirk, Pokidko-Straße 13. Die Besitzerin wurde verletzt. Sie ist 70 Jahre alt“, sagte Prichodko. Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK ist vor Ort.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Heute **seit 5:00 Uhr beschießen nationalistische Banden der Ukraine massiv das Territorium der Republik** mit schweren Waffen in Richtung Donezk.

Unter Feuer der BFU befinden sich **Alexandrowka, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks)** und **Wasiljewka**.

Der Beschuss hält seit zwei Stunden an, es wurden mehr als 40 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert. Derzeit sind folgende Schäden an Wohnhäusern bekannt:

- Alexandrowka, Schewtschenko-Straße 1, 3 und 32.

Außerdem gab es einen Treffer auf ein Wohnhaus in der Tschljukinzew-Straße.

Darüber hinaus befindet sich das Gebiet der **Wasiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke **unter Beschuss**. Wegen der Gefahr für Leben und Gesundheit befindet sich das Personal im Schutzraum.

Genauere Informationen werden noch ermittelt. Wir rufen die ukrainische Seite im GZKK auf, ein nachhaltiges Regime der Ruhe zu gewährleisten.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Genauere Informationen über den Beschuss auf Alexandrowka, Donezk und Wasiljewka:

Nach genaueren Angaben wurden 7 Wohnhäuser beschädigt:

- Schewtschenko-Straße 1 und 3 – Fassade des Hauses;

- Schewtschenko-Straße 4, 5, 9 und 29 – Dach und Fensterverglasung;

- Schewtschenko-Straße 32 – direkter Treffer auf das Haus.

Opfer unter der friedlichen Bevölkerung wurden nicht festgestellt.

de.sputniknews.com: **Nord-Kosovo: Spezialeinheiten dringen in serbischen Teil von Mitrovica ein – Medien**

Kräfte der Spezialeinheit der Kosovarischen Polizei Regional Operational Support Unit

(ROSU) sind am frühen Dienstagmorgen im nördlichen von Serben besiedelten Teil der kosovarischen Stadt Mitrovica eingedrungen.

Nach jüngsten Angaben der serbischen Nachrichtenagentur Tanjug sind inzwischen 13 serbische Polizisten festgenommen worden. Zuvor war von sechs Festgenommenen die Rede gewesen.

Der serbische Präsident, Aleksandar Vucic, hatte am Montag gewarnt, dass Pristina unter dem Vorwand von Korruptionsvorwürfen gegen einige kosovarische Polizisten serbischer Herkunft Truppen in den serbischen Teil von Mitrovica schicken könnte.

Serbien hat als Reaktion seine Streitkräfte in volle Gefechtsbereitschaft versetzt.

Vucic sprach in einer Ansprache am Dienstag von insgesamt 23 Festgenommenen in Mitrovica, die serbischer und bosnischer Herkunft seien. Er hat inzwischen Gegenmaßnahmen angedroht, sollten die kosovarischen Spezialeinheiten den Norden der Stadt nicht verlassen.

Laut dem serbischen Staatschef wurde zudem ein russischer Bürger festgenommen und dabei verletzt. Bei ihm soll es sich um Michail Krasnoschtschjokow, einen Mitarbeiter der UNMIK (Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo), handeln. Medienberichten zufolge wurde Krasnoschtschjokow in ein Krankenhaus gebracht.

Derzeit läuft eine Sitzung des serbischen Sicherheitsrates in Belgrad. Die serbische Rundfunkanstalt RTS meldet „Bewegungen der serbischen Streitkräfte und Polizei“ Richtung Kosovo.

Die ganze Lage erinnere an einen Kriegszustand, berichtet ein Korrespondent des Belgrader Senders Prva aus der Gemeinde Zubin Potok. Überall stünden Panzerfahrzeuge der Kosovo-Albaner und es seien Schüsse zu hören.

„Es sind Schüsse gefallen, dabei wurden viele Menschen verletzt“, so der Korrespondent.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32306/28/323062893.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der Republik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung (GZKK) mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo** und **Golubowskoje**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

Lug-info.com: **Gratulation des Oberhauptes der LVR zum Tag des Grenschützers**

Genossen Grenschützer! Sehr geehrte Veteranen der Grenzschutztruppen!

Ich gratuliere Ihnen zum Berufsfeiertag – dem Tag des Grenschützers!

Sie spielten eine wichtige Rolle bei der Entstehung der Lugansker Volksrepublik, indem Sie Schulter an Schulter mit dem Volksmiliz ihre Grenzen gegen die ukrainischen Besatzer

verteidigten.

In den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges kämpften die Grenzschutztruppen auch furchtlos und schützten die Grenzen unserer Heimat gegen die deutschen Besatzer.

Der Dienst des Grenzschützers ist ein Vorbild für militärischen Mut, Ehre und wahre Kühnheit. Ich bin überzeugt, dass Grenzschützer nicht einfach ein Beruf ist, sondern ein Ruf des Herzens.

Heute erfüllen Sie mit Ehre und Stolz Aufgaben zur Schutz der Grenzen der Lugansker Volksrepublik und setzten so die ruhmreichen Traditionen fort.

Ich danke Ihnen für den zuverlässigen Dienst an der Volksrepublik!

Glück Ihnen, Frieden und Wohlergehen!

Mit Hochachtung

Das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik L. I. Pasetchnik

de.sputniknews.com: **Serbiens Präsident gesteht Machtverlust im Kosovo ein**

Der serbische Präsident Aleksandar Vucic hat sich im Belgrader Parlament über die aktuelle Situation um den Kosovo ausgesprochen. Das Video seiner Rede veröffentlichte der lokale Sender RTS.

Vucic zufolge soll Serbien zugeben, dass es die Lage im Kosovo und in der Metohija (im offiziellen Sprachgebrauch Serbiens die Bezeichnung für den westlichen Teil des Kosovos – Anm. d. Red.) nicht mehr kontrolliere.

„Ich habe mich gegen die Fortsetzung der Lüge und Selbsttäuschung entschieden. Ich habe allen gesagt, dass es kein Serbien gibt, und, dass es keine Regierung im Kosovo und in Metohija gibt, was für den Gesundheits- und Bildungsbereich von wesentlicher Bedeutung ist. Wir müssen damit aufhören, unserer eigenen Öffentlichkeit etwas vorzumachen“.

Darüber hinaus betonte der Präsident, dass Serbien die Unabhängigkeit des Kosovos nicht anerkennen werde.

Belgrad habe zu wählen, ob es in einem „eingefrorenen Konflikt“ mit dem Kosovo verharren oder Kontakte zu Pristina knüpfen wolle. Allerdings könnten die Albaner möglicherweise bald die im Kosovo und in Metohija lebenden Serben angreifen.

„Die Albaner zeigen sich von Tag zu Tag nervöser“, so Vucic.

1999 hatte die bewaffnete Konfrontation der albanischen Separatisten von der paramilitärischen „Befreiungsarmee des Kosovo“ einerseits und der jugoslawischen Armee und Polizei andererseits Nato-Bombenangriffe auf Jugoslawien zur Folge gehabt. Die Nato-Luftschläge dauerten vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 an. Die genaue Opferzahl dieser Operation ist bis heute nicht bekannt. Nach Angaben der serbischen Behörden kamen dabei etwa 2500 Menschen ums Leben, darunter 89 Kinder. Weitere 12.500 Menschen wurden verletzt.

Der materielle Schaden des Einsatzes wird auf 30 bis 100 Milliarden US-Dollar geschätzt. Der Militäreinsatz wurde ohne Genehmigung des UN-Sicherheitsrates durchgeführt. Als Anlass dafür galt die Behauptung der westlichen Länder, die jugoslawischen Behörden hätten ethnische Säuberungen in der autonomen Provinz Kosovo unternommen und dort eine humanitäre Katastrophe provoziert.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31514/16/315141696.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 27. Mai 3:00 Uhr bis 28. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 14. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Golmowskij, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Wasiljewka, Spartak, Donezk (Termin, Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Alexandrowka), Dokutschajewsk, Leninskoje, Dsershinskoje, Kominternowo.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde durch Beschuss von Seiten der BFU in Richtung Sajzewo das Dach eines Mehrparteienwohnhauses im Schkolnyj-Prospekt 11 beschädigt.

Außerdem wurden drei Wohnhäuser im Nikitowskij-Bezirk von Gorlowka beschädigt: - Pokidko-Straße 13, 15 und 18 – Fensterverglasung.

Außerdem wurden durch Beschuss von Seiten der BFU in Richtung Dokutschajewsk die Fensterverglasung eines Wohnhauses in der Leninstraße 102, Wohnung 53 beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 143.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 35.

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 28.05.2019

Das verbrecherische Militärkommando versucht sich beim neuen obersten Kommandeur, der die OOS-Zone besucht, einzuschmeicheln, und hat die Intensität des Beschusses der Ortschaften der Republik gesteigert.

So haben ukrainische Terroristen heute um 5:50 Uhr morgens auf persönlichen Befehl des Kommandeurs der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Guds das Mörserfeuer aus Richtung Marjinka in Richtung **Trudwoskije** im Petrowskij-Bezirk von Donezk eröffnet und 20 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert. Dabei wurden im Petrowskij-Bezirk von Donezk und in der Siedlung Alexandrowka acht Häuser beschädigt. Die verbrecherischen Handlungen der ukrainischen bewaffneten Formationen sind auf ein Genozid an der friedlichen Bevölkerung des Donbass gerichtet, der tägliche Beschuss von Ortschaften mit Zerstörungen von Wohnhäusern und Verletzung friedlicher Einwohner zeugen

von einer zielgerichteten planmäßigen Arbeit des neuen Kommandeurs der OOS Syrskij in Bezug auf die friedliche Bevölkerung.

Wir rufen die Weltgemeinschaft auf, das ukrainische Kommando zu zwingen, den Genozid an der friedlichen Bevölkerung des Donbass einzustellen und ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines Regimes der Feueinstellung einzuhalten.

de.sputniknews.com: S-400-Deal abgeschlossen: Russische Spezialisten in Türkei erwartet – Verteidigungsminister

Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar hat gegenüber dem TV-Sender „Haber Turk“ erklärt, dass das russische technische Personal zur Installation der S-400-Systeme in die Türkei kommen soll.

Die Fragen um den S-400-Erwerb seien gelöst, sagte der türkische Verteidigungsminister.

„Der Deal ist abgeschlossen. Unser Präsident wiederholte dies viele Male“, betonte er.

Für die Installierung der Raketensysteme sollen ihm zufolge russische Spezialisten in die Türkei kommen. Genaue Zeitangaben wurden dabei nicht gemacht.

In Bezug auf die Lieferungstermine sagte der Verteidigungsminister, dass im Juni die Systeme noch nicht geliefert werden könnten. „Sie kommen in den bevorstehenden Monaten. Der Prozess wurde bereits in die Wege geleitet“, erläuterte er.

Auf die Frage der Journalistin, wie die Türkei im Fall des US-Verzichts auf die F-35-Lieferung reagieren werde und ob Ankara die russischen Su-57 als Alternative betrachten werde, antwortete er: Falls die USA die Position im Rahmen des Abkommens ändern, würden wir „unsere eigene Welt“ erschaffen.

Darüber hinaus dementierte der Minister Medienberichte, wonach Washington die Türkei aufgefordert habe, Ende der ersten Juniwoche den S-400-Kauf zu annullieren.

Die USA und andere Nato-Länder hatten Ankara wiederholt wegen des Deals mit Moskau kritisiert. Zudem hatte das Pentagon der Türkei klar gemacht, dass der Erwerb der russischen S-400 Raketenabwehrsysteme ihre Teilnahme am Programm zur Entwicklung des neuesten US-amerikanischen F-35-Jagdbombers völlig ausschließen werde.

Die an die Türkei zu liefernden Fla-Raketenkomplexe S-400 werden laut den Worten des türkischen Außenministers, Mevlüt Çavuşoğlu, nicht ins Nato-Raketenabwehrsystem integriert und stellen auch keine Bedrohung für US-amerikanische F-35 Jagdflugzeuge dar.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32256/09/322560978.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon mitgeteilt wurde, haben heute ab 5:00 Uhr Banden der Kiewer Regierung massiv Vorstädte von Donezk und Wasiljewka beschossen. Unter Beschuss gerieten die Wasiljewker Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke, deren Personal gezwungen war, im Schutzraum Schutz zu

suchen, sowie die Ortschaft Alexandrowka, in der sieben Häuser beschädigt wurden. Außer den o.g. Ortschaften wurde auch die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks am südwestlichen Rand von Donzek beschossen, dabei wurden die Dächer und die Fensterverglasung an zwei Wohnhäusern beschädigt:

- Lutugin-Straße 20;

- Roborowskij-Straße 10.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **US-Kongressmitglied schlägt Zypern „Freundschaft gegen böswilliges Russland“ vor**

Eliot Engel, der demokratische Vorsitzende des Komitees für Außenpolitik im US-Repräsentantenhaus, hat dem zypriotischen Präsidenten vorgeschlagen, sich „gegen böswillige Machenschaften Russlands“ zu verbrütern. Darüber berichtet die zypriotische Nachrichtenagentur CNA am Dienstag.

Der Präsident Nikos Anastasiades hat Engel auf Zypern am Montag empfangen.

„Angesichts der böswilligen Machenschaften Russlands, suchen die USA nach Freunden, die ihre Grundwerte wie Demokratie teilen und das ist sicherlich auch hier der Fall“, sagte Engel vor Journalisten nach dem Treffen mit Anastasiades.

Er räumte außerdem ein, dass zypriotische Rechte auf Energieversorgung „spannungsvoll“ sind, da es einen neuen Grenzbereich gebe. „Und ich denke, dass Herr Putin in Russland die Situation nicht hätte kontrollieren können und dürfen“.

Die USA versuchen derzeit ihr Bestes, damit Europa auf das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 verzichtet. Energiemarkt-Experten zufolge sei das wahre Ziel der US-Politik gegen Nord Stream 2, russisches Erdgas vom EU-Markt zu verdrängen, um das teure US-Flüssiggas dorthin zu verkaufen und so US-Arbeitsplätze zu sichern. Den am Projekt beteiligten Firmen droht Washington mit Sanktionen.

Die Pressestelle der Regierung auf Zypern hat allerdings die Erklärungen Engels über Russland in ihrer Pressemitteilung zum Treffen nicht erwähnt. Die beiden Politiker haben laut der Mitteilung die Verbesserung der bilateralen Beziehungen besprochen, Engel habe seine Unterstützung für die souveränen Rechte der Republik Zypern zugesagt.

Die USA haben vor kurzem ihre Strategie gegenüber östlichen Mittelmeerländern revidiert. Dabei spielt die Entdeckung neuer großen Gasvorkommen in der Region sicherlich eine Rolle. Auch die Verschlechterung der Beziehungen der Türkei zu den USA und deren Schlüsselpartnern in der Region werde dabei in Kauf genommen. Washington setzt nun auf engere Kooperation mit Zypern und Griechenland. Ein entsprechender Gesetzentwurf über die Kooperation in Bereichen Sicherheit und Energie wurde bereits im Kongress eingebracht.

Dan-news.info: **Mitteilungen des Pressedienstes des Gesundheitsministeriums der DVR (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)**

Das Gesundheitsministerium hat die Initiative ergriffen, eine Analyse der Informationen über die Bildung eines Wohnraumfonds für junge Spezialisten durchzuführen und hat mit den Verwaltungsleitern von Städten und Bezirken der Republik die Möglichkeit untersucht, jungen Spezialisten Wohnungen zuzuteilen.

Derzeit wurden im Ergebnis in Gorlowka, Shdanowka, Charzysk, Kirowskoje, Schachtjorsk und im Jasinowataja-Bezirk 148 Wohnungen gefunden, die grundlegend renoviert werden müssen, davon 55 Einzimmerwohnungen, 68 Zweizimmerwohnungen und 25 Dreizimmerwohnungen.

Ins Debalzewo laufen Arbeiten zur Übergabe eines Wohnheims in kommunales Eigentum, es soll dann für junge Spezialisten genutzt werden.

Weitere Wohnheimplätze kann es nach Renovierung auch in anderen Städten und Bezirken geben.

Im ersten Halbjahr 2019 haben acht republikanische medizinische Einrichtungen 12.196.000 Rubel für grundlegende Reparaturarbeiten erhalten und weitere 28 Einrichtungen 5.739.000 Rubel für laufende Reparaturen von Gebäuden und Ausrüstung.

Seit Dezember 2017, seitdem die mobilen Apotheken des staatlichen Unternehmens „Medikamente des Donbass“ existieren, haben etwa 6053 Menschen in ländlichen Gegenden in der Nähe der Abgrenzungslinie diese Dienstleistung genutzt. Die Zahl der Ortschaften, die von den mobilen Apotheken abgedeckt werden, nimmt laufend zu. Derzeit werden etwa 20 abgelegene oder frontnahe Ortschaften betreut.

de.sputniknews.com: **Neue Schwerlast-Trägerrakete aus Russland? Roskosmos stellt Bauprogramm vor**

Die russische Raumfahrtbehörde Roskosmos und die Russische Akademie der Wissenschaften haben das Konzept eines föderalen Zielprogramms für die Schaffung einer Trägerrakete für Schwerlasten (über 75 Tonnen) bis 2030 entwickelt. Dies verkündete der Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin.

„Roskosmos entwickelte zusammen mit der Russischen Akademie der Wissenschaften das Konzept des föderalen Raumprogramms ‚Die Schaffung eines Weltraumrakentyps der Superschwerlast-Klasse für die Jahre 2020-2030‘“, so Rogosin.

Ferner erklärte er, dass es im Rahmen des gemeinsamen Projektes nicht nur die Schaffung einer aus einem superschweren Trägerraketen, einem bemannten Transportschiff und einem Mondstart- und Landungskomplex bestehenden Verkehrsinfrastruktur geplant sei, sondern auch der Mittel zur Unterstützung bemannter Missionen.

In den bisherigen Programmen war die Schaffung solcher Weltraumtypen - abgesehen von dem bemannten Transportschiff – nicht vorgesehen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31685/38/316853808.jpg>

de.sputniknews.com: **Lawrow: Russland tritt für vollständigen Abzug ausländischer Truppen aus Afghanistan ein**

Während einer Sitzung anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Afghanistan am Dienstag hat der russische Außenminister Sergej Lawrow bekräftigt, dass sich Moskau für einen Abzug ausländischer Truppen aus Afghanistan einsetzt.

Russland sei überzeugt, dass der Konflikt in Afghanistan keine militärische Lösung haben könne. Der einzige Weg zu seiner Regelung seien Friedensbemühungen durch politische und diplomatische Mittel, sagte Lawrow.

„Wir stehen für den vollständigen Abzug ausländischer Truppen aus dem Land. Wir fordern

alle afghanischen Parteien auf, unter Beteiligung verschiedener sozialen und politischen Kräfte so bald wie möglich Verhandlungen aufzunehmen“, so der Außenminister. Seit 2001 führen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten in Afghanistan eine Operation gegen die Taliban und andere militante Gruppen durch. Dieser Einsatz ist der längste in der Geschichte der US-Streitkräfte. 2018 legte die Regierung von US-Präsident Donald Trump eine neue Strategie für ihr Vorgehen in Südasien vor, die eine aktivere Beteiligung der Länder der Region an der Lösung des Afghanistan-Konflikts umfasst.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32404/92/324049248.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen bewaffneten Formationen **dreimal das Regime der Feueereinstellung mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen verletzt.**

In **Richtung Slawjanoserbsk** wurde auf Befehl des Kommandeurs der 10. Gebirgsturbrigade Subanitsch **Golubowskoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Popasnaja** wurde von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko **Kalinowo** mit 82mm-Mörsern und Granatwerfern beschossen.

Alle Fälle von Beschuss von Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden an Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Subanitsch und Majstrenko übergeben.

Das Kommando der OOS unterlässt die Pläne zur Destabilisierung der Lage in der Nähe der Kontaktaktlinie nicht.

Nach uns vorliegenden Informationen ist im Verantwortungsbereich der 30. mechanisierten Brigade im Gebiet von Mironowskij eine Aufklärungsgruppe mit zehn Mann eingetroffen.

Nach Informationen einer Quelle im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ ist Hauptaufgabe der Gruppe die Durchführung von Diversionen.

In der OOS-Zone gibt es weiter **Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten.**

Ein weiterer Fall ereignete sich in einer Einheit der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von Solotoje.

Am 25. Mai wurden zwei Soldaten durch Splitter verletzt, als sie auf durch die eigene Einheit installierte Sprengvorrichtungen gerieten. Das Brigadekommando hat die wahren Ursachen des Vorfalls gegenüber dem übergeordneten Stab verheimlicht.

Nach bereits bestehender Tradition hat der Brigadekommandeur Majstrenko diese nicht kampfbedingten Verluste dem übergeordneten Kommando als kampfbedingt, angeblich in der

Folge von Beschuss von Seiten der Volksmiliz der LVR dargestellt.

de.sputniknews.com: **Donbass: Präsident Selenski besucht erstmals die Front**

Knapp eine Woche nach dem Amtsantritt hat der neue ukrainische Präsident Wladimir Selenski erstmals die Stellungen der ukrainischen Armee in der Ostukraine besucht.

„Die nächste Stellung des Gegners liegt in einer Entfernung von 400 Metern“, teilte Selenskis Pressestelle am Dienstag mit. Der Präsident informierte sich bei den Soldaten über deren Lebensumstände und verordnete, die Versorgung zu verbessern.

„Die Bedingungen für die Militärs, die die Ukraine verteidigen, müssen normal sein“, sagte der 41-Jährige, der nach seiner Wahl mehrfach angekündigt hatte, den Krieg im Donbass so schnell wie möglich beenden zu wollen.

Laut Viktor Medwedschuk von der Partei „Oppositionelle Plattform – für das Leben“ hoffen mehr als 80 Prozent aller Ukrainer auf Frieden im Donbass. Dies würden sie von dem neuen Präsidenten erwarten.

Im Osten der Ukraine schwelt seit mehr als vier Jahren ein militärischer Konflikt, der laut UN-Angaben bereits mehr als 10.000 Menschen das Leben gekostet hat. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den Staatsstreich in Kiew nicht anerkannt und unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten.

Deutschland und Frankreich sind neben Russland und der Ukraine Mitglieder des so genannten Normandie-Quartetts, das sich seit 2014 um die Beilegung des Konfliktes bemüht. Die in den Minsker Vereinbarungen festgelegte neutrale Zone im Donbass trennt die ukrainischen Streitkräfte von den Volksmilizen der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32508/24/325082467.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 28.05.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner die Zahl und die Intensität der Beschießungen des Territoriums der Republik erheblich verstärkt. Insgesamt wurden **14 Fälle der Verletzung des Regimes der Feueinstellung** festgestellt. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von elf Ortschaften beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die ukrainischen Kämpfer der 30. und der 53. mechanisierten Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Garas und Grusewitsch die Gebiete von **Golmowskij** und der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 93. und der 24. mechanisierten Brigade

sowie der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij, Guds und Mischantschuk aus **Spartak, Trudowskije, Wasiljewka, Alexandrowka, Dokutschajewsk** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 79. Luftsturmgruppe unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch **Leninskoje, Dsershinkoje** und **Kominternowo** mit Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt hat der Gegner 24 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm auf das Territorium unserer Republik abgefeuert.

Alle Fälle von Beschuss von Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die ukrainischen Verbrecher übergeben.

Das verbrecherische Kommando der bewaffneten Formationen der Ukraine, das versucht sich beim neuen obersten Kommandeur einzuschmeicheln und die Notwendigkeit seines Aufenthalts in der Zone der Strafoperation zu beweisen hat **auf persönlichen Befehl von Syrskij die Intensität des Beschusses des Territoriums der Republik verstärkt.**

Heute um 5:50 Uhr haben ukrainische Kämpfer auf Befehl des Kriegsverbrechers Guds das Feuer mit Mörsern des Kalibers 120mm aus Richtung Marjinka in Richtung Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk eröffnet und dabei 20 Mörsergeschosse abgefeuert. Dabei wurden sieben Häuser in der in der Schewtschenkostraße beschädigt.

Außer dem Beschuss von Ortschaften und der Zerstörung von Wohnhäusern friedlicher Einwohner haben Kämpfer der 53. Brigade mit Hilfe einer zu Kampfzwecken umgerüsteten Drohne ein weiteres Verbrechen begangen. **Infolge des Abwurfs einer selbstgebauten Sprengeinrichtung** auf ein Wohnhaus in der Pokidko-Straße 13 in Gorlowka **erlitt eine alte Frau Verletzungen** mittleren Schweregrads.

Ukrainische Kämpfer erklären in den Massenmedien offen, dass sie Drohnen zur Feuerleitung beim Beschuss von Wohnhäusern verwenden und die Taktik des IS zur Einschüchterung friedlicher Bürger nutzen.

Am 27. Mai haben ukrainische Terroristen auf persönlichen Befehl der Kriegsverbrecher Garas und Palas das Feuer auf Sajzewo und Dokutschajewsk eröffnet, wobei folgende Häuser beschädigt wurden: Rabalko-Straße 192, Schkolnyj-Prospekt 11 und Lenin-Straße 102.

Wir wenden uns ein weiteres Mal an die Weltgemeinschaft und insbesondere an die OSZE-Mission mit der Forderung, diese Sachverhalte festzuhalten und die ukrainische Seite zu zwingen, ihre Verpflichtungen zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen und zur Einstellung der Vernichtung des Volks des Donbass zu erfüllen.

Poroschenko und seine korrupte Umgebung versuchen mit beliebigen Mitteln an der Macht zu bleiben und dennoch irgendwelche staatlichen Funktionen einzunehmen, und mit diesem Ziel destabilisieren sie weiter die Situation im Donbass.

Indem sie ihren Marionetten im Kommando der Besatzungskräfte Syrskij und Mikaz verbrecherische Befehle erteilen, tun sie alles, um die neue Regierung zu diskreditieren und angeblich vorhandenen Errungenschaften in der Kampfzone zu demonstrieren. Selbst der Besuch des Präsidenten Selenski in der OOS-Zone wurde durch eine Zunahme des Feuers auf Wohngebiete der Republik angekündigt.

Die Aktivität der ukrainischen Diversions- und Terrorgruppen können nur von einem zeugen, dass das **Kommando der OOS versucht, eine blutige Provokation mit Opfern unter der Zivilbevölkerung zu provozieren**, um uns der Verbrechen zu beschuldigen und sich selbst die Hände für Angriffshandlungen frei zu machen.

Unsere Quellen im Stab der Besatzungskräfte informieren uns ständig über die Ziele und Aufgaben der ukrainischen Einheiten, unter anderem von Diversionsgruppen. Uns wurde bekannt, dass **unter Leitung ausländischer Instrukteure aus den USA, Großbritannien**

und Georgien zwei weitere Gruppen von Diversanten ausgebildet wurden, die über die Verantwortungsbereiche der 30. mechanisierten und der 79. Luftsturmgruppe der BFU auf unser Territorium eindringen sollten. Aber ihre Ausbildung wurde im Zusammenhang mit der Festnahme der Diversions- und Erkundungsgruppe im Gebiet von Nowotroizkoje gestoppt. Die Information, die wir erhalten haben, macht die Versuche von Diversions- und Erkundungsgruppen, die vom verbrecherischen Kommando der OOS gestellten Aufgaben zu erfüllen, perspektivlos.

Der Kommandeur der OOS Sysrskij seinerseits versucht sich beim seinen Schutzherren einzuschmeicheln und der Verantwortung für das Scheitern des Diversionsausfalls zu entkommen und schiebt daher die gesamte Schuld, wie schon zuvor, auf Untergebene. So wurde uns nach Informationen von zuverlässigen Quellen bekannt, dass der Kommandeur der 53. Brigade Grusewitsch für das Scheitern der Operation zum Eindringen einer Diversions- und Erkundungsgruppe auf das Territorium der Republik zum „Sündenbock“ gemacht wurde und natürlich von seinen dienstlichen Verpflichtungen entbunden wurde. Grusewitsch wurde eilig in den Generalstab gerufen, um Erklärungen abzugeben. Die Ermittlungen hat Chomtschak persönlich unter Kontrolle genommen.

de.sputniknews.com: **Angespannte Lage im Kosovo: Russland macht EU und USA verantwortlich**

Die Lage im Norden des Kosovo hat sich am Dienstag deutlich zugespitzt. Die russische Botschaft in Serbien fordert nun die unverzügliche Freilassung eines russischen Bürgers, der bei seiner Festnahme durch kosovarische Spezialeinheiten verletzt wurde.

Die russische diplomatische Vertretung verurteilte die Operation der kosovarischen Polizei aufs Schärfste. Die Festnahme des Russen Michail Krasnoschtschjokow, eines Mitarbeiters der UNMIK (Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo), hat die Botschaft als „empörende Provokation“ bezeichnet und seine Freilassung gefordert. Krasnoschtschjokow wurde bei seiner Verhaftung verletzt und befindet sich derzeit in einem Krankenhaus.

„Wir verurteilen das Eindringen der kosovarischen Spezialeinheiten in die von Serben besiedelten Gebiete im Norden von Kosovo und Metochien. Das ist extrem gefährlich und widerspricht allen bestehenden Vereinbarungen“, hieß es in einer Mitteilung der Botschaft. Das Außenministerium in Moskau nannte die Festnahme des russischen Bürgers einen „himmelschreienden Akt“ und forderte die UN-Mission im Kosovo auf, erschöpfende Informationen zu dem Vorfall bereitzustellen.

Der kosovarische Präsident Hashim Taci hat sich inzwischen zu dem Vorfall geäußert. Krasnoschtschjokow habe der Polizei Widerstand geleistet und sei daraufhin festgenommen worden.

Das provokative Vorgehen der Kosovaren sei eine direkte Folge „des nachsichtigen Umgangs der EU und der USA“ mit der abtrünnigen Republik, so die russische Botschaft weiter. „Die kosovarischen Politiker sind es inzwischen gewohnt, dass sie mit allen Provokationen durchkommen können“, hieß es weiter.

Ein derartiges Vorgehen trage zur Volksverhetzung bei und mache die vieljährigen Bemühungen der Weltgemeinschaft für eine friedliche Lösung zunichte.

Kräfte der Spezialeinheit der Kosovarischen Polizei Regional Operational Support Unit (ROSU) waren am frühen Dienstagmorgen im nördlichen von Serben besiedelten Teil der kosovarischen Stadt Mitrovica eingedrungen. Angeblich handelte es sich um eine Razzia gegen Schmuggler.

Insgesamt sollen nach Angaben des serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic 23 Menschen festgenommen worden sein, darunter Polizisten serbischer Herkunft. Die kosovarischen Beamten sollen gewaltsam vorgegangen sein: Nach Medienberichten wurden etwa einhundert Serben bei der Operation verprügelt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32508/32/325083291.jpg>

Dnr-online.ru: Heute, am 28. Mai, fand im Kalininskij-Bezirk von Donezk die feierliche **Inbetriebnahme der Gasversorgung für die Mitglieder der Verbraucherkooperative „Urjupinskij“** statt.

„Technische Probleme bei der Verlegung der Gasleitung gab es praktisch nicht. Der Bau der Verteilungsgasleitung wurde 2014 begonnen. Die Einwohner der Ortschaft sammelten Geld nach dem Programm der anteilmäßigen Beteiligung am Bau der Gasleitung, wobei 50 Prozent von der Stadt bezahlt wurden. Zu Beginn der Kämpfe wurde das Projekt eingefroren. Nachdem das Republikoberhaupt die Entscheidung über die Wiederaufnahme des Gasversorgungsprogramms im privaten Sektor getroffen hatte, wurde dieses nicht fertiggestellte Objekt in munizipales Eigentum der Stadt Donezk übernommen, um es dann in staatliches Eigentum des staatlichen Konzerns „Donbassgas“ zu übergeben“, erklärte der leitende Ingenieur des Konzerns Alexej Zjupka.

Die Arbeiten zur Verlegung der Gasleitung wurden im Oktober des letzten Jahres von der Donezker Abteilung für Gasversorgung von „Donbassgas“ begonnen. Derzeit sind 168 Wohnhäuser in drei Straßen angeschlossen. In der Zukunft werden weitere Straßen angeschlossen werden.

de.sputniknews.com: **Chefredakteur von Sputnik Litauen in Vilnius festgenommen**

Der Chefredakteur von Sputnik Litauen Marat Kasem ist nach seiner Ankunft am Flughafen in Vilnius festgenommen worden. Dies teilte er in einem Telefongespräch mit der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti mit.

„Unter der Formulierung ‚Bedrohung für die nationale Sicherheit‘ festgenommen; die Einreise ins Land bleibt für fünf Jahre verwehrt“, sagte er. Kassem verließ bereits das Land.

Die baltischen EU-Staaten gehen nicht gerade fein mit Journalisten aus Russland um. So hatte Estland im April 2015 einem Kameramann des russischen Senders Ren TV, der zu einer Veranstaltung von Open Russia in Tallinn unterwegs war, die Einreise verweigert.

Zwei Jahre davor hatten estnische Behörden ein Kamerateam des Senders WGTRK für mehrere Stunden festgesetzt und nach einer Leibesvisitation an der Grenze abgewiesen. Lettland setzte 2016 die Sendungen von WGTRK für drei Monate aus und verwies den Korrespondenten des russischen Senders des Landes.

Solche Fälle „zeigen anschaulich, was die demagogischen Erklärungen über die Haltung von Vilnius, Riga und Tallinn zu Prinzipien der Demokratie und Meinungsfreiheit in Wahrheit kosten“, hieß es vom russischen Außenministerium.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32508/38/325083894.jpg>

de.sputniknews.com: **Ukrainischer Präsident gibt Saakaschwili Staatsbürgerschaft zurück**

Der neue ukrainische Präsident Wladimir Selenski hat die ukrainische Staatsbürgerschaft des ehemaligen georgischen Staatsechfs Michail Saakaschwili wiederhergestellt. Laut der Online-Zeitung „Strana.ua“ darf der Ex-Gouverneur des ukrainischen Gebietes Odessa am 31. Mai ins Land zurückkehren.

Laut der Zeitung plant Saakaschwili die von ihm gegründete Partei „Bewegung neuer Kräfte“ vor den kommenden Parlamentswahlen zu mobilisieren. Vorige Woche gab Saakaschwili jedoch bekannt, er habe kein Interesse an jeglichen Ämtern in der Ukraine. Er wolle nur zurückkehren, weil er dieses Land „ungerecht“ verlassen habe. Er vermisse seine Freunde und halte die Ukraine für sein zweites Zuhause.

Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin Selenski aufgerufen, Saakaschwili, dem die Staatsbürgerschaft illegitim entzogen wurde, zurückzuholen und zu rehabilitieren. Saakaschwili hat Georgien 2013 verlassen, wo gegen ihn einige Strafverfahren eingeleitet wurden, in einigen Fällen wurde er bereits in Abwesenheit zu Haftstrafen verurteilt. 2015 wurde Saakaschwili vom damaligen ukrainischen Präsidenten Poroschenko zum Gouverneur des ukrainischen Gebietes Odessa ernannt. Doch bereits 2016 hat Poroschenko ihn entlassen und ihm 2017 die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen.

abends:

de.sputniknews.com: **„Deal des Jahrhunderts“: Palästina lehnt US-Friedensinitiativen ab**
Palästina wird dem von Washington vorgeschlagenen Entwurf der Nahost-Regelung, der als „Deal des Jahrhunderts“ bezeichnet wird, laut dem palästinensischen Botschafter in Russland, Abdel Hafiz Nofal, nicht zustimmen.

...

„Wenn man über den Deal des Jahrhunderts spricht, bietet man uns eine seltsame Agenda an. Uns wird vorgeschlagen, die provisorischen Lager palästinensischer Flüchtlinge in neue Städte zu verwandeln. Man bietet uns Geld für unser Land, für unsere Rechte an, aber wir werden darauf nie eingehen“, sagte Abdel Hafiz Nofal in einer Pressekonferenz bei der Medienagentur „Rossiya Segodnya“.

Ferner betonte er, dass Jerusalem allen Religionen gehöre:

„Ich möchte noch einmal die feste Position der palästinensischen Führung hervorheben, die sich allen jüngsten Initiativen der Vereinigten Staaten und Israels widersetzt. Für uns ist Jerusalem kein Geschäftsgegenstand“.

Die Initiative „Deal des Jahrhunderts“ war zu Beginn der Amtszeit von US-Präsident Donald Trump angekündigt worden; bisher ist über seine Einzelheiten jedoch wenig bekannt. Im Dezember 2018 hatte der russische Außenminister, Sergej Lawrow, betont, dass „niemand diesen Deal gesehen“ habe.

Die USA hatten 2018 ihre diplomatische Vertretung in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt, was heftige Kritik seitens der Palästinenser, der arabischen Welt und einer Reihe anderer Nationen hervorrief. Sowohl Israelis als auch Palästinenser erachten Jerusalem als ihre Hauptstadt. Der Status der heiligen Stadt wurde lange als eine Angelegenheit betrachtet, die durch einen palästinensisch-israelischen Friedensprozess gelöst werden muss.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32508/49/325084945.jpg>

de.sputniknews.com: **Eskalation im Kosovo: „Das war eine Einschüchterungsaktion“**

Die Behörden im Kosovo haben bei einer Gewaltaktion im Norden der Region 19 Menschen festgenommen. Dabei sind mehrere Mitarbeiter der dortigen UN-Mission verletzt worden. Der Politologe Stefan Filipovic sprach in einem Interview für Sputnik über den Zwischenfall. Nach seinen Worten handelte es sich dabei um eine „Einschüchterungsaktion“.

Der serbische Präsident Aleksandar Vucic informierte das Parlament über die jüngsten Ereignisse in der selbsternannten Republik Kosovo.

„Laut jüngsten Angaben wurden im südlichen Teil von Kosovska-Mitrovica 19 Menschen festgenommen. Zuvor hatten wir Informationen über eine größere Zahl, aber es handelte sich um eine größere Zahl von Durchsuchungen, und jetzt haben wir die bestätigte Information“, betonte Vucic.

Die Aktion der kosovarischen Polizei hatte am Dienstagvormittag begonnen. Die Polizeibeamten setzten dabei Panzerfahrzeuge ein. Laut früher verbreiteten Informationen wurden dabei mehrere Menschen verletzt, unter anderem ein russisches Mitglied der UN-Mission (UNMIK) namens Michail Krasnoschtschokow.

Laut einer UNMIK-Mitteilung wurde der Russe von der kosovarischen Polizei festgenommen, aber in ein Krankenhaus gebracht. Auch ein anderes Mitglied der Mission brauchte demnach medizinische Hilfe. Später wurde berichtet, dass Krasnoschtschokow freigelassen worden sei.

Der serbische Präsident Vucic ließ die nationale Armee und das Innenministerium in volle Einsatzbereitschaft versetzen.

„Es war bei uns im Süden alles ruhig. Natürlich hatte ich Kontakte mit meinen Freunden und meinen Eltern, die dort, im Norden, leben. Die Situation war beunruhigend und kompliziert, es ging um Gewaltanwendung der kosovarischen Geheimdienste, die ihre Gewalt missbraucht haben, was zu noch größeren Problemen hätte führen können. Es hätte noch mehr Opfer geben können“, sagte Filipovic gegenüber Sputnik.

Inzwischen habe sich die Lage teilweise beruhigt, aber die Einwohner blieben sehr angespannt, so der Politologe weiter. Das sei zwar nicht der erste solche Zwischenfall in den vergangenen anderthalb Jahren, aber diese seien natürlich sehr stressig, betonte er. In Kosovska-Mitrovica habe sich die Situation etwas entspannt, aber in Subin-Potok bleibe sie immer noch angespannt.

Heute Vormittag gab es Informationen, dass die Einwohner ihre Häuser verlassen und auf die Straße gehen und Barrikaden aufstellen würden, die von der Polizei jedoch zerstört würden. Inzwischen seien die Einwohner in ihre Häuser zurückgekehrt. „Die Menschen verstanden immerhin, dass es zu einer noch intensiveren Eskalation kommen würde, wenn sie noch mehr Widerstand leisten würden“, so der Politologe Filipovic. „Dann könnte es auch zu Opfern kommen.“

Er erinnerte daran, dass die kosovarischen Spezialkräfte ROSU 2011 einen Versuch unternommen hatten, zu Kontrollstellen zwischen den nördlichen Gemeinden im Kosovo und dem Zentralem Serbien zu gelangen, aber die Serben hätten ihnen einen verbissenen Widerstand geleistet. Und damals habe es tatsächlich Opfer gegeben. „Heute wollten die Menschen eine verbale Kommunikation mit den ROSU-Kräften aufnehmen, ihnen etwas erklären. Aber sie waren doch mit Panzerfahrzeugen gekommen, waren bewaffnet... Ich habe gehört, dass einige Menschen mit Gewehrkolben geschlagen wurden. Es wurde mehr Gewalt angewendet, als nötig war.“

„Die offizielle Position der kosovarischen Polizei war, sie würde die Kriminalität bekämpfen und Verbrecher festnehmen. Also wurden unter anderem auch kosovarische Polizisten festgenommen, egal ob Bosnier, Albaner oder auch Serben“, so Filipovic weiter. „Aber es war gar nicht nötig, Panzerwagen einzusetzen. (...) Diese Menschen könnten gegen das Gesetz verstoßen haben. Aber es war nicht nötig, sie um 06.00 Uhr festzunehmen. Das war eine Einschüchterungsaktion. Man hätte alles viel effizienter und professioneller machen können. Aber mehr als 50 Einheiten Panzertechnik einzusetzen, um einen Polizisten festzunehmen, der Beweise für irgendeine Schmuggelware versteckt hatte – das ist doch lächerlich!“

Dan-news.info: Das Außenministerium der DVR hat dem scheidenden Leiter der OSZE-Mission Ertugrul Apakan für seine Vermittlungsanstrengungen zur friedlichen Regelung der Situation im Donbass gedankt.

Zuvor hatte die OSZE auf ihrer Seite mitgeteilt, dass Apakan zum 30. Mai ausscheidet, er wird durch Yaşar Çevik ersetzt, ein Berufsdiplomat, der von 2012 bis 2016 ständiger Vertreter der Türkei bei der UNO war.

„Wir sind Herrn Botschafter Apakan für seine Anstrengungen im Verhandlungsprozess zur friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass dankbar. Unter Vermittlung der OSZE-Mission unter seiner Führung ist es uns gelungen, Lösungen einiger praktischer Fragen zu erreichen sowie einige Waffenstillstände zu vereinbaren. Leider führten nicht alle Anstrengungen im Ergebnis zu einem maximalen Resultat, was eher mit den regelmäßigen Verstößen und dem unzuverlässigen Verhältnis der ukrainischen Seite zu den Minsker Vereinbarungen zusammenhängt als mit der Qualität der Arbeit der OSZE-Mission“, zitiert das Außenministerium die Worte der Ministerin Natalja Nikonorowa. ...

Apakan leitete die OSZE-Mission seit dem 2. April 2014.

de.sputniknews.com: „Volkskampf“: Chinesen trotzen Trump mit Boykott von US-Marken

Während Peking und Washington sich gegenseitig mit höheren Zöllen bekämpfen, haben sich in den Konflikt der beiden weltweit größten Wirtschaftsmächte die chinesischen Unternehmen und die einfachen Verbraucher des Landes eingemischt.

Unternehmen fordern von ihren Angestellten, auf US-amerikanische Autos, Smartphones und

Marken zu verzichten und nicht mehr zu McDonald's zu gehen. Es wird sogar mit Entlassungen gedroht. In den Sozialen Netzwerken wird auch zum Boykott von US-Waren aufgerufen. Über die Entwicklung des Volkskampfes zwischen den USA und China lesen Sie in diesem Artikel.

Volkskampf

Die antiamerikanische Propaganda in China hat ihren Höhepunkt erreicht – das Huawei-Verbot des US-Präsidenten Donald Trump brachte das Fass zum Überlaufen. Alle führenden US-amerikanischen IT-Unternehmen, darunter Google, Microsoft, Intel, ARM, Qualcomm, Broadcom weigerten sich, Software, Technologien und Ausrüstungen an den chinesischen Technologie-Giganten zu verkaufen.

Vor einigen Wochen rief die staatliche chinesische Zeitung „The Global Times“ zum „Volkskrieg“ gegen die USA auf.

Die Reaktion erfolgte unverzüglich. In den Sozialen Netzwerken wird zum Boykott von US-Waren und zum Kauf von Huawei-Geräten aufgerufen. Gegen Apple-Geräte wurde eine Kampagne gestartet.

„Ich werde ebenfalls ein Huawei-Smartphone kaufen und auch auf den geplanten Kauf einer Apple-Watch verzichten, ähnliche Produkte gibt es auch bei chinesischen Unternehmen. Die USA verspotten es einfach“, schrieb ein Weibo-Nutzer.

„Man sollte nicht darüber phantasieren, wie man Huawei stoppt. Stattdessen werden wir Apple stoppen“, schrieb ein anderer Nutzer.

Die Zeitung „Global Times“ befragte in der vergangenen Woche mehrere Huawei-Vertreter zu diesem Handelskrieg, der auf dem Rücken der Verbraucher ausgetragen wird. Alle zeigten sich zuversichtlich.

„Als die Medien mitteilten, dass das Land A Maßnahmen gegen unsere Firma ergreift, ging ich gelassen zur Arbeit, erfüllte gelassen alle Aufgaben, nahm gelassen an allen Sitzungen teil“, sagte eine Mitarbeiterin. „Ich bin nur eine einfache Soldatin unserer Firma. Unabhängig von den Schwierigkeiten glaube ich, dass jeder Huawei-Vertreter treu bleibt und sich weiterhin im Job anstrengt, dann können wir nicht besiegt werden!“.

„Ich bin neu in der Firma, doch arbeite ich gewissenhaft, jede Zeile des von mir geschriebenen Codes macht das Unternehmen stärker“, sagte ein anderer Huawei-Mitarbeiter. „Für jene, die in den 1990er-Jahren geboren sind, ist Geld nicht das Wichtigste. Trotz aller Schwierigkeiten kümmern wir uns um den Wert unserer Arbeit für die Firma, die Gesellschaft und das Land. Ich wünsche uns, alle Schwierigkeiten zu überwinden und dass das Land prosperiert!“.

Nach Angaben der Zeitung werden die Huawei-Mitarbeiter in dieser schwierigen Zeit von Freunden und Verwandten unterstützt. „Als die USA in der vergangenen Woche Sanktionen gegen Huawei verhängten, erfuhr meine Freundin auch davon, obwohl sie sich nie für Nachrichten interessierte“, sagte ein Mitarbeiter des Konzerns. „Sie sagte, sie werde nicht mehr mit mir streiten und würde eine ruhige und angenehme Atmosphäre schaffen, damit ich arbeite und meinen Beitrag zum Triumph gegen die USA leiste“.

Made in China

Dem Volkskrieg gegen US-Waren schlossen sich auch chinesische Firmen an. Der Entwickler von Internetprodukten Mengpai Technology offerierte seiner Belegschaft und Auftragnehmern einen 15-Prozent-Rabatt beim Kauf von Huawei-Smartphones und drohte mit Geldstrafen für Angestellte mit iPhones in Höhe ihres Wertes. Zudem wurde vom Unternehmen verboten, US-amerikanische Büroausstattung und Autos zu kaufen.

Auch andere Firmen machen mit. Der Hersteller von elektronischen Bauteilen Shenzhen Huiyisheng zahlte seinen Mitarbeitern mit Huawei-Smartphones eine Geldprämie in Höhe von 500 Yuan (etwa 72 Dollar). Auf iPhones muss hingegen verzichtet werden, sonst droht die Entlassung.

Die Firma Jinggang Motor Vehicle Inspection Station informierte alle Mitarbeiter – fortan

dürfen keine US-Waren gekauft werden. Man darf keine iPhones und US-Autos nutzen, US-Fastfoodketten besuchen oder US-Bedarfsgüter kaufen.

„Statt iPhones einheimische Smartphones wie Huawei. Nicht erlaubt sind Autos chinesisch-amerikanischer Gemeinschaftsunternehmen – nur 100 Prozent einheimische Produkte.

Verboten sind die Fastfoodketten McDonald's bzw. KFC, Waren von Procter & Gamble, Amway und alle anderen US-Marken. Verboten sind Touristenreisen in die USA“, zitiert die Zeitung „The Epoch Times“ eine Mitteilung der Firma Jinggang an die Belegschaft.

Nach Angaben der Unternehmensführung will man damit dem Land helfen, diesen Krieg zu gewinnen. Jenen, die gegen diese Verbote verstoßen, droht die sofortige Entlassung.

Die Handelskammer Shanghais versprach ebenfalls Prämien für den Kauf von Huawei-Smartphones und drastische Strafen für jene, bei denen Apple-Geräte gesehen werden.

Das propagandistische Lied „Handelskrieg“ des ehemaligen chinesischen Beamten Zhao Liangtian verbreitete sich in den Sozialen Netzwerken rasant:

„Chinesen leben seit Tausenden Jahren und halten seit Tausenden Jahren gegen den gemeinsamen Feind zusammen“, heißt es im Lied. „Wir fürchten uns nicht, wenn wir in den Handelskrieg eintreten. Wenn Feinde den Krieg entfachen, werden wir genug Mut haben, ihnen eine Antwort zu geben. Wenn der Gegner einen Schlag wagt, würden die Regierung und das Volk sich dagegen wehren. Wenn der Gegner einen Schlag wagt, werden wir so schlagen, dass ihm der Kopf schwindlig wird und Hören und Sehen vergehen“.

Kein Schritt zurück

Analysten zufolge beschränkt diese patriotische Welle den Handlungsspielraum Pekings, wobei Kompromisse mit Washington ausgeschlossen werden. Unter Druck der öffentlichen Meinung müssen die chinesischen Behörden härter vorgehen.

Peking kündigte Anti-Dumping-Zölle für den Phenol-Import ab dem 27. Mai an – eines der wichtigsten Produkte für Öltraffinerie, Pharmakologie, Chemie-, Textilindustrie und für andere Branchen. Wie es im chinesischen Handelsministerium hieß, betreffen die Zölle Produkte aus der EU, Südkorea, den USA und Japan, wobei für jeden Lieferanten eine eigene Gebühr festgeschrieben wird – von 11,9 bis 129,6 Prozent. Die höchste Gebühr ist wohl für die Amerikaner bestimmt.

Zudem führt China Lizenzen für den Export von Seltenerdmetallen ein – sehr wichtige Rohstoffe in der modernen Elektronik. Das teilte das Handelsministerium mit.

US-Hersteller decken heute zu 80 Prozent den Bedarf an Seltenerdmetallen dank China. Bei einem Lieferstopp würde vielen Fabriken in den USA das Aus drohen.

Wie Bloomberg berichtete, sind die Erwartungen an eine Regelung der Handelsstreitigkeiten zwischen China und den USA so gering wie niemals zuvor. Dabei wird betont, dass auf asiatischen Märkten ein massiver Ausverkauf der Aktien der US-Unternehmen begonnen hat. Dahinter stehen offensichtlich die Chinesen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32508/55/325085593.jpg>

de.sputniknews.com: **Russlands Außenministerium lädt spanischen Botschafter vor Spaniens Botschafter in Moskau, Valderrama Pareja, ist ins russische Außenministerium vorgeladen worden.**

„Ihm wurden Unverständnis und Bedauern über die unfreundlichen Aussagen des amtierenden spanischen Außenministers Josep Borrel, die er sich in Bezug auf Russland in einem Interview mit der Zeitung „El Periodico“ am 23. Mai dieses Jahres erlaubt hat, geäußert“, heißt es auf der offiziellen Webseite des russischen Außenministeriums.

Das Ministerium wies auf den Widerspruch der Worte des spanischen Politikers hin, die sich nachteilig auf die bilateralen Beziehungen auswirken und dabei stören, sie gegenseitig als freundlich, partnerschaftlich und für beide Seiten vorteilhaft wahrzunehmen.

In der vergangenen Woche sagte Borrell in einem Interview mit „El Periodico“, dass „Russland erneut eine Bedrohung darstellt“ und rief die europäischen Länder auf, „sich dringend zusammenzuschließen“.